

Protokoll des Gesprächs zwischen der Stadt und der Initiative „Lange 17“

Datum: 24.10.13

Uhrzeit: 15.02 – 15.55 Uhr

Ort: Zimmer des Bürgermeisters

Protokoll: Fabian de P.

Anwesenheit:

Kay T. (Bürgermeister), Reinhard S. (Stadtratsmitglied, SPD-Fraktion), Ingolf K. (Kulturamtsleiter), Rainer Z. (Beigeordneter der Landrätin des Ilmkreises), Fabian de P. (Kinder- und Jugendbeirat, Studierendenrat der TU Ilmenau), Alina Z. (Kinder- und Jugendbeirat), Christina D. (Initiative „Lange 17“), Martin A. (Initiative „Lange 17“)

Die Zusammenkunft beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde.

Kay T.:

Der Bürgermeister leitet das Gespräch ein und gibt eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse vom Samstag.

Am 19.10.13 habe die Besetzung des Hauses in der Langewiesener Straße 17 stattgefunden, das am Abend nach Gesprächen mit dem Bürgermeister und der Polizei vor dem Hintergrund der Gesundheitsgefahr durch Pilzbefall freiwillig wieder verlassen worden sei. Gleichzeitig habe der Bürgermeister der Initiative „Lange 17“ schriftlich einen Gesprächstermin zugesichert.

In diesem Zusammenhang kritisiert T., dass die Initiative „Lange 17“ fälschlicherweise öffentlich kommuniziert habe, die Stadt biete Alternativen zum Haus in der Langewiesener Straße 17. Dies sei keineswegs der Fall und er bitte um Richtigstellung.

Bei der Aktion am Samstag seien thüringenweit aus der Hausbesetzerszene bekannte, teils strafrechtlich auffällige Aktivistinnen und Aktivisten präsent gewesen, wie ihm die Polizei bestätigt habe. Er habe den Eindruck, es seien größtenteils Aktivistinnen und Aktivisten von außerhalb an der Hausbesetzung beteiligt gewesen.

Martin A.:

A. entgegnet, bei der Aktion seien höchstens zwanzig bis dreißig Prozent Aktivistinnen und Aktivisten von außerhalb beteiligt gewesen. Der Großteil seien junge Leute aus Ilmenau gewesen. Es habe keinen Anlass gegeben, die Anwesenden von außerhalb von der Aktion auszuschließen, zumal sich alle friedlich verhalten hätten.

Kay T.:

T. weist darauf hin, dass Hausbesetzung eine strafbare Handlung darstellt und die Aktivistinnen und Aktivisten auch mit einer Strafe hätten rechnen müssen. Das Anliegen der Aktion habe nachvollziehbare Gründe, aber der Weg sei falsch. Er fragt die Mitglieder der Initiative „Lange 17“, aus welchem Grund sie dieses Vorgehen gewählt hätten und nicht schon vor Monaten mit ihrem Anliegen direkt vor die Stadt getreten seien.

Martin A.:

A. erklärt, dass es öffentlichkeitswirksamer Mittel bedürfe, um Bewusstsein für die Missstände zu schaffen. Mit einer Anfrage bei der Stadt könnten sich die Betroffenen kein Gehör verschaffen. Außerdem habe es viel Zuspruch, positive Rückmeldung und Unterstützung von Passantinnen und Passanten, Nachbarinnen und Nachbarn gegeben. Sicherlich sei es nicht richtig, einfach in ein Gebäude einzuziehen, das einem nicht gehört. Doch habe die Initiative „Lange 17“ unter anderem das Vorhaben, sozialen Wohnraum zu schaffen und unkommerziell Projekträume zur Verfügung zu stellen. Niemand solle dafür enteignet werden.

Kay T.:

Dieses Projekt sei aus seiner Sicht utopisch. Die Ideen klangen gut, aber die Stadt könne derzeit kein einziges leerstehendes Objekt in Hand der Stadt zur Verfügung stellen. Zurzeit leerstehende Objekte seien zu annähernd hundert Prozent in Privatbesitz. Beweggrund für Leerstand könne unter anderem Spekulation sein.

Martin A.:

Zunächst solle es die Möglichkeit geben, mit Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken bzw. leerstehenden Objekten zu sprechen und gemeinsam eine Lösung zu suchen. Einige Gebäude in Ilmenau seien eine Überlegung wert.

Kay T.:

Bei den Grundstücken gebe es wenig Hoffnung, da die Bodenrichtwerte in Ilmenau auf einem hohen Niveau seien.

Reinhard S.:

Frau H. bebaue Grundstücke sofort, spekuliere nicht. Ein Gespräch mit ihnen sei möglich, sie seien aufgeschlossen.

Kay T.:

T. zählt die Konflikte auf, die sich aus einer entsprechenden positiven Reaktion der Stadt auf die Hausbesetzung ergeben könnten.

Die Menschen, die sich am Bürgerhaushalt beteiligt haben, würden enttäuscht sein, dass es einer strafbaren Handlung bedürfe, damit sich etwas bewege, wohingegen das Prozedere des Bürgerhaushalts viel mehr Zeit in Anspruch nehme und Vorschläge mitunter nicht umgesetzt würden. Hier liege ein Kommunikationsproblem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor. T. nennt als mögliche Folge eine Schlagzeile in Bild-Manier, in der über die Diskrepanz zwischen üblichen demokratischen Prozessen und Aktionen jenseits der Legalität geklagt werde.

Als weitere Folge der verstärkten Öffentlichkeit äußert T. die Annahme, dass „Hausbesetzertouristen“ nach Ilmenau kommen würden und Straßenschlachten mit der Polizei an der Tagesordnung sein würden. Diese Gruppen würden den Menschen der Initiative „Lange 17“ das Projekt aus der Hand nehmen. Er wolle hingegen ein damit zusammenhängendes wöchentliches Großaufgebot der Polizei vermeiden. Die Presse berichte in der Folge der Ereignisse sowieso, was und wie sie wolle. Daher suche T. nach einer vernünftigen Lösung.

Martin A.:

A. wirft ein, dieses Szenario sei eindeutig übertrieben und entspreche nicht der Realität.

Kay T.:

Das Szenario habe er sich nicht selbst ausgedacht, sondern sei die Einschätzung der Polizei.

Reinhard S.:

S. merkt an, die Initiative habe die falschen Verbündeten. Eine Kooperation biete weniger Chancen, wenn man „im falschen Boot“ sitze. Er fasst zusammen, was die Projekte der Initiative „Lange 17“ seien: Es gehe darum, Wohnraum und Raum für Kunst und Kultur zu schaffen. Dabei solle der Wohnraum günstiger sein als es derzeit in Ilmenau der Fall sei. Er fragt sich, was genau die Gruppe erreichen wolle, nennt sicheres Wohnen. Die Aktionsform der Initiative „Lange 17“ sei falsch, doch anregend. Gerade in Ilmenau könne man immer vernünftig miteinander reden.

Kay T.:

T. sehe keine Probleme die Wohnsituation in Ilmenau betreffend.

Martin A.:

Einige Menschen könnten sich das Wohnen nicht leisten. Bei steigenden Nebenkosten seien

immer mehr Studierende betroffen und hätten finanzielle Probleme selbst mit BAföG.

Kay T.:

T. habe selbst Erfahrungen mit hohen Mieten zu seiner Studienzeit in Jena gemacht.

Christina D.:

D. weist darauf hin, dass gerade die Stoßzeiten zu Semesterbeginn ein Problem seien. Hier könne das unkommerzielle Projekt neuen Studierenden eine Unterkunft auf Zeit bereitstellen.

Reinhard S.:

S. räumt ein, dass es eine begrenzte Anzahl von Wohnplätzen und günstigen Unterkünften in Ilmenau gebe, so die Unterkunft für Wohnungslose in der Naumannstraße, Jugendherberge und Schülerfreizeitzentrum. So könne eine Studentenherberge für „Problemfälle“ geschaffen werden, wobei die Sicherheit für Bewohnerinnen und Bewohner sichergestellt werden müsse.

Kay T.:

Dies sei dann nicht Aufgabe der Stadt, sondern einer Privatinitiative. Auf keinen Fall werde die Stadt Geld bereitstellen oder ein neues Gebäude errichten.

Martin A.:

Die Initiative „Lange 17“ wolle kein Geld von der Stadt, sondern trage sich selbst durch Spenden. Es gelte das „Herr-im-Haus-Prinzip“ für die Initiative bei Einhaltung der gesetzlichen Standards.

Reinhard S.:

Da das Projekt einen moralischen Anspruch haben solle, könne finanzielle Unterstützung bei Sponsoren eingeworben werden. Unternehmen, die Profit generierten, seien ausgeschlossen.

Kay T.:

Zunächst solle die Initiative „Lange 17“ ein Objekt finden und vorschlagen und der Stadt ein Konzept für das kulturelle Zentrum vorlegen.

Reinhard S.:

Der Stadtrat könne sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Kay T.:

Die Stadt solle sich aus dem Prozess heraushalten, sei lediglich Vermittler.

Ingolf K.:

K. betont, dass die Initiative „Lange 17“ einen Raum für Subkultur schaffen und das Projekt selbstverwaltet organisieren wolle.

Martin A.:

Es solle kein „Extremistenhotel“ entstehen.

Ingolf K.:

„Extremisten“ warteten darauf, „auf den Zug aufzuspringen“.

Reinhard S.:

Es gebe eine Gruppe von Menschen, die oftmals „besoffen“ seien und sich „links“ nannten. Dies schade den ernsthaften Bestrebungen linker sozialer Projekte.

Ingolf K.:

Es könnten Leute kommen, die nicht eingeladen seien. Man brauche sich lediglich in der Stadt umzuschauen.

Martin A.:

Die Initiative „Lange 17“ spreche sich klar gegen Gewalt aus und wolle eine Schutzzone bieten. Beim Informationsstand in der Mensa sei ein Mitglied der Burschenschaft auf die Initiative „Lange 17“ zugekommen und habe Interesse an der Aktion gezeigt. Allerdings sei die Burschenschaft als Verband abzulehnen.

Reinhard S.:

Die Burschenschaft biete Menschen eine Bleibe, sei aber in ihrem Gebaren sehr kritisch zu sehen. Arme Menschen in Ilmenau müssten sich nicht schämen. Es solle ermittelt werden, ob es Gruppen mit Problemen gebe.

Kay T.:

T. sehe noch den Makel, dass auf dem Blog der Initiative „Lange 17“ zu Seiten verlinkt werde, auf denen Ilmenau in Artikeln „in den Dreck gezogen“ werde. Als eine der Seiten nennt er die der AGST. Er bitte um Distanzierung bzw. einen Disclaimer auf der Seite.

Martin A.:

Der Disclaimer sei inzwischen eingefügt worden, sei anfangs schlichtweg vergessen worden.

Christina D.:

D. merkt an, dass die Verlinkungen viel Aufmerksamkeit bewirkten, räumt aber ein, dass die Inhalte zum Teil nicht gut seien.

Kay T.:

Inhalte seien „Müll“.

Rainer Z.:

Aktion der Initiative „Lange 17“ ziehe auch „Trittbrettfahrer“ an. Mit der Hausbesetzung sei eine Publizität erreicht worden, die allerdings auch Verantwortung nach sich ziehe. Die Initiatorinnen und Initiatoren hätten die Pflicht übernommen, ihre Positionen klar und deutlich zu artikulieren. Z. wolle ins Bewusstsein rufen, dass für die Initiative „Lange 17“ eine Aufgabe entstanden sei. Nicht alle, die bei der Hausbesetzung dabei gewesen seien, seien wirklich „Helfer“.

Christina D.:

Ein paar Beteiligte hätten sicherlich kein Interesse gehabt, ein Haus herzurichten oder Projekte zu organisieren.

Kay T.:

Es bestehe die Gefahr, „vor den falschen Karren gespannt zu werden“. Ein Rollenspiel zwischen der Gruppe und der Polizei könne entstehen, was Dialoge erschwere. In diesem Zusammenhang spricht T. von „Operation Holzauge“.

Ingolf K.:

Die Stadt sei jederzeit zu Gesprächen bereit und vermittele lediglich bei der Objektsuche, stelle also den Kontakt zu Eigentümerinnen und Eigentümern her.

Kay T.:

T. bittet darum, dass in der Presse nicht stehen solle, die Initiative „Lange 17“ habe die Stadt dazu „gezwungen“, sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen.

Reinhard S.:

Auch materielle Unterstützung von privater Hand sei wichtig.

Kay T.:

T. schlägt vor, alle Beteiligten und Unterstützerinnen wie Unterstützer zu fragen, zu wie viel Unterstützung für das Projekt sie bereit seien.

Ingolf K.:

Entscheidend sei das Konzept, das die Initiative der Stadt vorlege.

Christina D.:

D. stellt die Frage, wie lange es dauern würde, bis der Kontakt zu den Eigentümerinnen und Eigentümern hergestellt sei. Sie äußert die Vermutung, dass die Stadtverwaltung als Behörde bis zu 6 Monate brauchen könnte.

Kay T.:

Dies sei kurzfristig möglich, so schnell es gehe.

Ingolf K.:

Diese Aussage sei als ehrliches Angebot der Stadt zu verstehen. Es werde Bemühungen um schnelle Recherche geben.

Fabian de P.:

De P. wirft ein, es seien Hinweisschilder an maroden Immobilien und Grundstücken in der Stadt aufgestellt worden. Er fragt, ob diese registriert seien, wie viele bereits aufgestellt seien und ob es dort bereits Erkenntnisse gebe.

Kay T.:

Zwei Objekte seien ihm bekannt.

Rainer Z.:

Eines davon sei das alte Fleischkombinat an der Oehrenstöcker Straße, bei dem es Schwierigkeiten in der Kommunikation mit dem Eigentümer gebe.

Ingolf K.:

K. betont, dass das Projekt der Initiative „Lange 17“ nach seinem Verständnis langfristig angelegt sein solle.

Reinhard S.:

S. regt an, den Grundstückskauf von Sponsoren finanzieren zu lassen. Er könne Tipps geben.

Kay T.:

T. weist auf die Bodenrichtwerte (pro Quadratmeter, ohne Bebauung) hin, die im Internet einsehbar seien. Bei Grundstücken mit maroden Gebäuden könnten die Abrisskosten sogar den Grundstückswert übersteigen.

Die Gruppe solle ihm das Konzept und die Vorschläge für Objekte an bgm@ilmenau.de schicken und könne sich etwa eine Woche Zeit lassen. Er bittet um die Einigung auf eine einheitliche Sprachregelung.

Ingolf K.:

Die Stadt vermittele dann die Kontakte.

Reinhard S.:

Unternehmen könnten das Projekt unterstützen, die Initiative „Lange 17“ finde hier die „richtigen Partner“. Er könne bei der Suche unterstützen.

Kay T.:

T. resümiert, das Gespräch sei konstruktiv und in angenehmer Atmosphäre verlaufen.

Rainer Z.:

Es gebe Ansatzpunkte und der Kreis stehe als Ansprechpartner zur Verfügung, sei verantwortlich in Fragen der Jugendsozialarbeit. Die Hausbesetzung sei dazu nicht nötig gewesen.

Ingolf K.:

K. erklärt, dass die Kinder- und Jugendhilfe sowie auch freie Träger unter Einflussnahme des Staates stünden, da sie von dessen finanziellen Mitteln abhängig seien. Gerade dies sei nicht Ziel der Initiative „Lange 17“.

Reinhard S.:

Ilmenau biete Möglichkeiten.

Kay T.:

Die Stadt sei eigentlich nicht verantwortlich, denn für den sozialen Wohnungsbau sei das Bauministerium zuständig und für Kinder- und Jugendhilfe der Kreis. Die Stadt werde auch keine Eigentümerinnen und Eigentümer enteignen. T. sehe es als seine Aufgabe, zu vermitteln. Dasselbe Gespräch sei ebenso vor Monaten möglich gewesen.

Rainer Z.:

Aufgaben der Jugendhilfe könnten auch der Stadt übertragen werden.

Martin A.:

Die Aktion habe für die nötige Aufmerksamkeit gesorgt.

Rainer Z.:

Konsultation sei jederzeit möglich.

Kay T.:

T. spricht eine Einladung zum Hauptausschuss aus.

Martin A.:

Er habe vor dem Gespräch die Befürchtung gehabt, es finde hauptsächlich „Geklüngel“ in der Runde statt.